

**Entschließung des Bundestreffens der Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft
der Partei DIE LINKE**

Kassel, 21./22. Juni 2008

**Modularisierung der Berufsausbildung/Europäische Berufsbildungspolitik
„Das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile!“**

– Europa braucht den Kernberuf –

Ausgangslage

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft der Partei DIE LINKE beobachtet mit Sorge die Entwicklung in der europäischen Berufsbildungspolitik und die Angriffe auf die duale Berufsausbildung. Von der allgemeinen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, läuft auf europäischer Ebene eine Expertendiskussion über die Europäisierung der beruflichen Bildung. Dies allein ist sicherlich erst mal lobenswert. Doch beim genaueren Hinsehen verbirgt sich hinter den Plänen ein radikaler Umbau der Berufsausbildung in der Bundesrepublik.

Modularisierung ist das Zauberwort, wofür auch bei uns das bisherige Berufsausbildungssystem aufgegeben werden soll. Abgelöst werden soll es von einer so genannten Modulausbildung. Dabei versteht man unter Modularisierung die Zerlegung der Ausbildungsberufe in sechs bis zehn „Ausbildungsbausteine“. Die Ausbildungszeit eines Moduls soll zwischen vier und sechs Monaten liegen. Anstatt der rund 350 Ausbildungsberufe gäbe es einige tausend Module.

Modularisierung steht für einen Systemwechsel im Sinne der Wirtschaft, der letztlich arbeits- und lohnpolitisch begründet ist. Wir stehen hinter den gewerkschaftlichen Forderungen für europäische Kernberufe. Die Idee von europäischen Kernberufen kann durch die in Deutschland geübte Praxis bereichert werden.

Hierbei schließen wir uns den gewerkschaftliche Leitvorstellungen in der beruflichen Bildung an:

- Erhalt und Ausbau der dualen Berufsausbildung
- Rechtsanspruch eines jeden Jugendlichen auf einen Ausbildungsplatz
- Verwirklichung des Rechts auf eine der persönlichen Qualifikation entsprechenden Arbeit und gleiche Arbeits- und Berufschancen
- Schaffung von Durchlässigkeit in allen Bereichen der Bildung
- Befähigung zu selbständigem beruflichem Handeln
- Förderung beruflicher und persönlicher Entwicklungsprozesse
- Verbreiterung beruflicher und sozialer Lebenschancen
- Gestaltung der eigenen Berufs- und Arbeitsbiografie
- Individuelle und kollektive Interessendurchsetzung
- Mitgestaltung bei Arbeitsprozessen und der Arbeitsorganisation
- Kontinuierliche Personalentwicklung, u. a. durch Förderung der beruflichen Weiterbildung

Ein Herumbasteln an bewährten Ausbildungskonzepten und das Zerstückeln derselben lehnen wir ab, dies gilt nicht nur für die nationale Ebene. Auch für Europa macht es mehr Sinn Ausbildungsberufe zu stabilisieren, statt diese zu destabilisieren. Eine Modularisierung der Berufsausbildung kann also nicht der richtige Weg sein. Ebenso wenig die massenhafte Einführung von zweijährigen Schmalspurausbildungen. Die Erfahrungen mit den Miniberufen zeigen, dass nur eine unzureichende Kompetenzausstattung vermittelt wird. Auch in Deutschland fördert der Staat erste Versuchsmodelle der Modulausbildung mit 36 Mio. Euro.

Kontakt und Info zur AG B&G:

ag.bg@die-linke.de, Tel: 030 / 24 009 673, Fax: 030/ 24 009 480, www.betriebundgewerkschaft.de

BundessprecherInnenrat:

Barbara Borchardt * Susanne Danowski * Hasso Ehinger * Gerald Kemski * Heidi Kloor * Mike Lätzsch * Marko Röhrig * Sabine Wils

Statt im nationalen Rahmen mit Modulausbildungen zu experimentieren, sollten einheitliche Berufsbilder in den europäischen Wirtschaftssektoren geschaffen werden! Die Gewerkschaften, allen voran die IG Metall, haben konstruktive und innovative Vorschläge für europäische Kernberufe eingebracht.

Das Konsensprinzip bei der Gestaltung von Berufsbildern muss erhalten bleiben. Hier gilt es die Rechte der Auszubildenden und der Gewerkschaften zu stärken.

Derzeit wirft der gesamte Prozess und die Diskussionen um eine Europäisierung der Berufsausbildung mehr Fragen auf, als er Klarheit schafft. Der Prozess muss von Gewerkschaften aber auch BildungspolitikerInnen transparenter gestaltet werden.

Wir sehen in der Modularisierungs-offensive einen Angriff auf die bewährte Ausbildung im dualen System und die weltweit anerkannte Facharbeiterausbildung. Das duale System ist trotz aller Kritik, vor allem aus dem bürgerlichen Lager, nach wie vor die beste Sicherstellung einheitlicher Standards. Berechtigte Kritik wäre lediglich bei den Bildungsetats angesagt. Die jahrzehntelangen Kürzungen im Bereich der Bildungspolitik haben spürbare Folgen hinterlassen. Die Kürzungen haben zwangsläufig auch Auswirkungen auf die Qualität der dualen Ausbildung, was jedoch eine Generalkritik oder gar einen Systemwechsel in Richtung Modularisierung noch lange nicht begründet.

Investitionen für den Bereich der beruflichen Bildung sind Investitionen in die Zukunft: Vorhandener Mangel kann so beseitigt werden, Berufsschulen können besser ausgestattet werden und BerufsschullehrerInnen zeitgemäß qualifiziert und regelmäßig weitergebildet werden.

Qualifiziertes Personal in der beruflichen Bildung (Schule und Betrieb) ist der Schlüssel für erfolgreiche Bildungsprozesse. Wir halten die Aussetzung der Ausbilder-Eignungs-Verordnung (AEVO) für den falschen Weg, der dringend rückgängig zu machen ist.

Mit Besorgnis stellen wir fest, dass die Bundesregierung durch die ständigen Subventionierungen, zuletzt durch den so genannten Ausbildungsbonus, das Selbsteingeständnis längst getätigt hat, dass der Ausbildungspakt mit der Wirtschaft gescheitert ist.

Die Wirtschaft wird immer mehr aus der Verantwortung entlassen. Warteschlangen, die ständig zunehmende Anzahl an geförderten Ausbildungsplätzen und vollschulischen Maßnahmen werden hingegen aus Steuereinkommen und somit von der Allgemeinheit getragen. Die Anzahl der bereitgestellten betrieblichen Ausbildungsplätze ist hingegen nach wie vor nicht ausreichend. Weniger als ein Drittel der Betriebe, die ausbilden könnten, tun dies.

Seit Mitte der 90er Jahre wird hingegen das Ausbildungsplatzangebot der Unternehmen der steigenden Nachfrage nicht mehr gerecht. Jahr für Jahr erhöhte sich die rechnerische Ausbildungsplatzlücke. Heute klagen die Unternehmen über FacharbeiterInnenmangel. Diesen FacharbeiterInnenmangel haben sie jedoch durch mangelnde Ausbildungsbereitschaft selbst zu verantworten. Der politische Druck hat sich dennoch erhöht. Anstatt jedoch eine Umlagefinanzierung der Berufsausbildung auf den Weg zu bringen, mehren sich nun die Angriffe auf die duale Berufsausbildung.

Das Bundestreffen stellt fest:

Die Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft spricht sich für die Praxis der dualen Berufsausbildung aus. Eine Verstaatlichung oder gar eine Teilprivatisierung der Berufsausbildung sind weder innovativ noch zeitgemäß. Das praxisnahe Lernen im Betrieb ist und bleibt der Schlüssel für eine erfolgreiche Ausbildung. Hinzukommt, dass der Lernort Betrieb wichtig ist, um die oft negativen Lernerfahrungen aus dem Schulsystem zu überwinden.

Der regelnde Eingriff durch eine gesetzliche Umlagefinanzierung der Berufsausbildung ist längst überfällig. Alle Arbeitgeber müssen an den Kosten der Ausbildung beteiligt werden! Zusätzliche betriebliche Ausbildungsplätze können so geschaffen werden. Wenn das Angebot dann immer noch nicht ausreichen sollte, sind zusätzliche Ausbildungseinrichtungen zu schaffen.

Parteiintern sind weitere Debatten erforderlich, da viele GenossInnen eine Verstaatlichung der Ausbildung fordern und hierfür die Einnahmen einer Ausbildungsplatzabgabe nutzen wollen.

Für die parteiinterne Debatte sollen nachfolgende Positionen der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft festgehalten werden:

- DIE LINKE muss weiterhin daran festhalten: „Wer nicht ausbildet muss zahlen!“. Folgerichtig unterstützen wir die Forderung der Gewerkschaftsjugend nach einem Grundrecht auf Ausbildung!

- Die Arbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft unterstützt die Idee europäischer Kernberufe, eine Modularisierung der Berufsausbildung lehnen wir ab.
- Das Thema „Modularisierung der Berufsausbildung“ im Zusammenhang mit dem europäischen Qualifikationsrahmen muss weiterhin thematisiert werden. Hierzu gehört es auch, dieses Thema in der eigenen Bildungspolitik zu verankern. Der Kontakt zu den DGB-Gewerkschaften ist aus Sicht der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft hierbei unerlässlich.
- Weitere Auseinandersetzungen mit dem Thema „Berufliche Bildung/Berufsausbildung“ sind erforderlich, da bei zu vielen (Unter-)Themen abschließende Positionen, nicht nur innerhalb der Bundesarbeitsgemeinschaft Betrieb & Gewerkschaft fehlen. Hier ist der Dialog auch mit dem Jugendverband und der Gewerkschaftsjugend zu suchen.